

Nr. 13 november/dezember 2009 Kostenlos – aber nicht umsonst! www.jugendzeitung.net jugend@graswurzel.net

Arbeiten? Aber nicht umsonst!

Die Arbeit wird knapper. Verantwortlich wird zumeist – verkürzt – eine Automatisierung der Arbeit, also im weitesten Sinne der Ersatz von Menschen durch Maschinen, und die Globalisierung des Arbeitsmarktes gemacht. Umso knapper die Arbeit wird, umso begehrter scheint sie auch zu werden. So begehrt, dass viele sogar bereit sind umsonst zu arbeiten.

Wie unzulänglich die Tätigkeit auch sein mag, immer sind es mehr Menschen, die auf eine solche angewiesen sind, als es freie Plätze gibt. Die Arbeitgebenden wissen das auszunutzen und diktiert die Bedingungen, unter denen PraktikantInnen, VolontärInnen und Lehrbeauftragte ihre Arbeit abzuleisten haben. Das heißt nicht selten: Arbeiten ohne Lohn. Dabei wird unterschlagen, dass mit der Tätigkeit ein Produkt oder eine Dienstleistung und damit Profit für den Arbeitgebenden entsteht, der eigentlich dem arbeitenden Subjekt zusteht.
Während dieser doppelten Ausbeutung – denn die Lohnarbeit als solche ist bereits Ausbeutung – in anderen Ländern durch einen Mindestlohn, z.B. für Praktika, entgegen gewirkt wird, sind die zumeist jungen Menschen hier zu Lande dem Diktat der Profitmaximierer schutzlos ausgeliefert.

Beispiel Praktikum und Volontariat

Sei es das obligatorische Schulpraktikum, das Praktikum, das ich vor dem Studium zu absolvieren habe, um eine Zugangsberechtigung an der Hochschule zu erhalten, oder das sog. Volontariat nach dem Studium bei einer Zeitung, das ich trotz bereits erlangtem Diplom, Magister oder Master antrete, weil ich eine Laufbahn als JournalistIn anstrebe – in den seltensten Fällen werden solche Tätigkeiten bezahlt. Dabei ersetzen solche vermeintlichen PraktikantInnen und VolontärInnen nicht selten eine oder mehrere reguläre Stellen.

Beispiel Gastronomie

Viele Studierende und SchülerInnen sind darauf angewiesen, neben dem Studium oder der Schule zu jobben, um vielleicht die Studiengebühren zu deckeln oder auch einfach, um sich etwas Taschengeld hinzu zu verdienen. Solche Jobs lassen sich zum Beispiel in der Gastronomie finden, also in Gaststätten, Kneipen und Cafés, weil die Einarbeitungszeit von u.a. KellnerInnen kurz ausfällt. Bevor es aber zur Einstellung kommt, müssen Probeschichten geleistet werden – natürlich unbezahlt und ohne Jobgarantie.



Beispiel Hochschule

Junge AkademikerInnen üben nicht selten Lehrtätigkeiten aus, die Ihnen als Sprungbrett zur Karriere an der Hochschule verkauft werden, um überhaupt eine Chance zu bekommen. Diese Lehrtätigkeiten werden selten bezahlt. Die Uni kann sich das leisten. Schließlich stehen die Leute Schlange, um am Unibetrieb auch beruflich teilhaben zu dürfen. Ob sich das für die Lehrkräfte irgendwann mal auszahlt, ist ungewiss. Reguläre Stellen an der Hochschule sind eher ein Ergebnis des Nutzens guter Beziehungen als von williger Selbstausbeutung.

Beispiel Ehrenamt

Das ehrenamtliche Engagement scheint besonders unverdächtig. Sind die Ziele der meisten Stellen, in denen mensch sich engagiert, doch ohne offensichtlich kommerzielle Absichten. Doch auch hier wird reguläre Beschäftigung vernichtet und eine Ausbeutung der Freiwilligen betrieben. Das ist nicht zuletzt eine Konsequenz daraus, dass Vermögende immer weniger in die öffentlichen Kassen einzahlen müssen. Dies kommt einer Umverteilung des Geldes von unten nach oben gleich.

Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse

Mit der Nicht- und Schlechtbezahlung von Arbeit, mit dem Schwinden der unbefristeten Vollzeitstellen, mit sozialversicherungspflichtigem Einkommen, der sog. Normalarbeit, zugunsten einer flexibilisierten und unsicheren Erwerbsarbeit, haben sich die Arbeits- und damit auch die Lebensverhältnisse vieler Menschen „prekarisiert". Mit Prekarisierung/Prekarität ist zunächst die Unsicherheit des Arbeitsplatzes, des Einkommens und das Fehlen einer sozialen Absicherung gemeint, so-

Fortsetzung nächste Seite

Im Winter bleibt's heiß

Editorial

Die Bäume verlieren ihre Blätter und die Temperaturen sinken – es wird Winter. Damit es aber wenigstens politisch heiß bleibt, gehen in den kommenden Monaten die Bildungsstreik-Aktionen aus dem Sommer weiter. Von den Protesten wird natürlich auch die utopia in ihrem Online-Magazin jugendzeitung.net berichten. Aber auch nach der Ausbildung in Schule, Uni oder Lehrbetrieb hört die Ungerechtigkeit nicht auf. Deutlichstes Beispiel dafür sind die sogenannten prekären Arbeitsverhältnisse. Teilweise wird für Arbeit gar kein Lohn oder nur so wenig Geld gezahlt, dass es zum Leben nicht reicht. Nicht bezahlt sind zum Beispiel die Arbeit der SchülerInnen und Studierenden oder auch deren (häufig vorgeschriebene) Praktika. Dadurch entsteht fast durchgängig eine (zumindest finanzielle) Abhängigkeit vom Elternhaus. Dem könnte mit einem bedingungslosen Grundeinkommen entgegengewirkt werden. All diesen Themen widmen wir uns in der aktuellen Ausgabe.
Ein weiterer Schwerpunkt ist die Auseinandersetzung mit Religion und Kirche und deren Verflechtung mit Staat und Gesellschaft. Auch wenn wir christlichen Feiertagen ablehnend gegenüber stehen, freuen wir uns natürlich über Geschenke – vor, nach oder zu Weihnachten! ;-)
Denn auch die ***utopia*** hat finanzielle Sorgen. Wir bitten euch deshalb, für die utopia zu spenden. Dies könnt ihr jetzt mit unserem neuen Online-Formular unter **www.jugendzeitung.net/spenden/** tun. Besonders würden wir uns über regelmäßige Spenden freuen!

Eure *utopia*-Redaktion

www.jugendzeitung.net



Eine neue Chance für mehr Grips

Kommentar

Im Juni, als es warm war, waren in vielen Städten beim bundesweiten Bildungsstreik Menschen auf der Straße. Sie alle verband das Gefühl, dass Bildung anders gestaltet sein muss, als es momentan der Fall ist. Haben diese Proteste aber eine Chance auf Erfolg und somit eine Zukunft?

Eine ganze unpolitische Generation soll sich im Juni diesen Jahres politisiert haben. Vor dem Bildungsstreik hieß es in den Mainstream-Medien über "die Jugend von heute" häufig, sie bestünde aus eiskalten EgoistInnen und "KarrieristInnen". Dies sei aber auch kein Wunder, weil unter anderem verschärfte ökonomische Zwänge dafür sorgten, dass gerade die jungen Menschen um die Chance, einmal einen Arbeitsplatz bangen müssten. Protest und Rebellion wurden zu etwas Pubertärem, das sich erwachsene, ernste Leute nicht leisten können. Die Jugendlichen wurden – vielleicht als erste Generation der Geschichte – "vernünftig" genannt.

"Neue" Bewegung?!

Die Meldung, dass sich dieser selige Ruhezustand im Juni 2009 plötzlich veränderte, ist falsch. Sie kommt von Menschen, die die Schulstreiks in den Vorjahren nicht bemerkt haben, weil sie auf Massenevents warteten. Die Wahrheit ist, dass es unter der Decke der konservativen Presse und Öffentlichkeit durchweg rumorte. Im Sommer fielen mit dem bundesweiten Bildungsstreik 2009 einige Gegebenheiten günstig zusammen. Die streikerfahrenen SchülerInnen der Vorjahre kamen an die Unis, die SchülerInnen machten weiter und die Studierenden entdeckten die Chance, ihre Anliegen jenseits der Abschaffung von Studiengebühren an die Öffentlichkeit zu tragen. Gleichzeitig gab es mit der Konkretisierung der Bologna-Richtlinien, dem EU-weiten Rahmenvertrag über die Ausrichtung von Universitäten, für Unternehmen und Parteien einen Grund, Diskussionen zu führen. Bologna wurde als Schnellschuss verurteilt.

Dann kam der Sommer, und so viele Menschen wie schon lange nicht mehr riefen: „Wir machen nicht mehr mit! Wir streiken!"

Und tatsächlich: Die Diskussion über den Zustand des Bildungssystems hat sich verändert. Mittlerweile meinen sogar CDU/CSU und SPD, die bestehende Situation müsse rasant und maßgeblich geändert werden. Diejenigen, die auf ein Massenphänomen gewartet hatten, prognostizierten ein neues '68, eine neue Studierendenbewegung.
Tatsächlich ist bei den Protestierenden der große Enthusiasmus des Sommers abgeflaut. Ein Grund dafür könnte sein, dass zu wenig inhaltliche Auseinandersetzung mit den Themen stattfand.



Die Welt verändern

Im Winter steht wieder ein „Bildungsstreik" an. Eine weitere Chance für die Menschen, im Bildungssystem die Lage zu ihren Gunsten zu ändern; zu zeigen, dass Bildung Grundvoraussetzung für Freiheit und damit ein Gut für sich ist. Ob ihnen das gelingt, wird maßgeblich an der Konzeption der Proteste liegen. Es müssen auch die hierarchischen Zwänge in anderen Lebensbereichen kritisiert werden, die es den Menschen unmöglich machen, sich frei zu entfalten. SchülerInnen, Studierende, Lehrende, Auszubildende – sie alle müssen sich diesen Winter zusammenschließen und versuchen, die herrschenden Verhältnisse aktiv zu verändern.
Wichtig wird auch sein, dass der Protest sich die ganze Welt als Spielwiese der neuen Ideen aussucht. Weltweit wird es diesmal Proteste geben, denn die Probleme im Bildungswesen sind global.

Felix Blind

Die Bildungsproteste werden im November und Dezember mit Hintergrundberichten und Analysen auf jugendzeitung.net begleitet.

Weitere Informationen: www.bildungsstreik.net www.emancipating-education-for-all.org

Fortsetzung von vorheriger Seite

wie die „… subjektiv mit Sinnverlusten, Annerkennungsdefiziten und Planungsunsicherheit“ (Dörre) verbundene Erwerbsarbeit. Unbezahlte Arbeit ist als Teil dieser zunehmenden Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse zu begreifen.

Es regt sich Widerstand – It´s time to organize

Es gab und gibt verschiedene Kampagnen, die mehr oder weniger glaubhaft versuchen, dem Übel der unbezahlten Arbeit entgegen zutreten.

Unter dem Slogan „Keine Arbeit ohne Lohn“ (www.fau.org/static/keine-arbeit-ohne-lohn/) betreibt die gewerkschaftliche Initiative Freie ArbeiterInnen Union (FAU) eine Website, auf der Fälle von unbezahlter Arbeit gesammelt und dokumentiert werden. Die FAU will damit für das Problem „unbezahlte Arbeit“ sensibilisieren und praktisch etwas verändern. Der praktischen Wirkkraft, so die FAU, müsse aber eine Organisierung der betroffenen Subjekte voraus gehen. Dies wiederum gestalte sich schwierig, da die Betroffenen in der Regel vereinzelt in ihren Betrieben arbeiten und nur schwer kollektive Prozesse starten können. Gewerkschaftliche Zusammenschlüsse und das Internet mit seinen Foren und Netzwerken können da vielleicht Abhilfe leisten. Betroffen sind aber nicht nur Menschen, die für lau arbeiten müssen, sondern auch die Stammbelegschaft, deren reguläre Stellen durch die Praxis der Gratisarbeit bedroht sind.

Nicht nur bei der FAU also scheint darüber Einigkeit zu bestehen, dass einzig Gratis-ArbeiterInnen und StammbelegschafterInnen gemeinsam eine Arbeitermacht erzeugen können, die den Arbeitgebenden etwas entgegen zu setzen vermag und dem gegeneinander Ausspielen der Beschäftigten ein Ende setzt.

Findus

Nach der Schule zieh’ ich aus!

Wie lange ist man wirklich Kind?

Die finanzielle Abhängigkeit vom Elternhaus, davon gehen viele während ihrer Schulzeit aus, ist spätestens mit Beginn des Studiums passé. Doch warum ist man in den meisten Fällen nach dem Schulabschluss, wenn man eine Ausbildung oder ein Studium beginnt, immer noch abhängig?

In vielen Ausbildungsberufen verdient man in den ersten Lehrjahren nur sehr wenig. Oft noch nicht einmal so viel, dass man den lange gehegten Wunsch nach einer eigenen Wohnung und somit der Unabhängigkeit von den Eltern nachkommen kann. Dies ist meist nur mit einer monatlichen Finanzspritze möglich. Genauso im Studium: Wenn der Studienort zu weit vom Elternhaus entfernt liegt, dann muss man ausziehen. Keine Frage. Und es gibt ja Bafög. Doch bekommen die wenigsten Studierenden den Höchstsatz von 648 Euro pro Monat. Viele erhalten entweder gar kein Bafög oder nur einen kleinen Anteil, weil die Eltern „zu viel“ verdienen.
Während des Studiums sind die Eltern ihren Kindern zum Unterhalt verpflichtet. Doch wer verklagt schon seine Eltern, wenn diese den Betrag, der mit dem Bafög zusammen noch unter dem Bafög-Höchstsatz liegt, nicht bezahlen wollen? Und warum bekommen nicht alle Studierenden und SchülerInnen auf dem zweiten Bildungsweg elternunabhängiges Bafög? Warum schafft es der Staat nicht, allen die gleichen Bildungschancen zu ermöglichen? Es scheint, als wäre er überhaupt nicht an der Bildung seiner BürgerInnen interessiert!

Natürlich gibt es auch Eltern, die ihren Kindern gerne einen monatlichen Betrag überweisen und auch noch ein Auto finanzieren. Dies sollte natürlich nicht zur Selbstverständlichkeit werden. Wenn man nach dem Schulabschluss in gewissem Maße unabhängig sein möchte, muss man in vielen Fällen den eigenen Lebensstandard einfach etwas herunter schrauben. Wofür braucht man zum Beispiel mit Semester- oder Monatsticket ein Auto? Oder muss es wirklich immer die teuerste Kleidung sein?
Wer unabhängig sein möchte, sollte dies auch auf sein ganzes Leben übertragen. Denn spätestens nach abgeschlossener Ausbildung oder dem Studienende sollte man auf eigenen Beinen stehen wollen und nicht ständig bei Mutti oder Vati nach Geld fragen.

Ein anderer Fall sind diejenigen, die nach dem Schulabschluss keinen Ausbildungsplatz oder nach Ausbildung oder Studium keinen Job finden. Wer als LangzeitarbeitsloseR noch nicht 25 Jahre alt ist, wird vom Staat gezwungen, wieder bei den Eltern einzuziehen oder sich von diesen unterhalten zu lassen. Kurz gesagt: Die Miete für die Wohnung wird vom Staat nicht übernommen.

Doch was resultiert aus der jahrelangen finanziellen Abhängigkeit der Kinder von ihren Eltern? Viele sehen ihre eigentlich schon erwachsenen Kinder immer noch nicht als solche an. Versuchen, sie in ihrer Ausbildungswahl zu beeinflussen. Ganz nach dem Motto: So lange du deine Füße unter meinen Tisch stellst, bestimme ich, was du den ganzen Tag über treibst.
Und was macht das mit den „Kindern“? Vielleicht mag es einige geben, die sich gerne im Hotel Mama verwöhnen lassen und die es auch nicht stört, wenn die Eltern jede Einzelheit aus ihrem Privatleben erfahren. Jedoch gibt es auch solche, die gerne unabhängiger wären, dies aber nicht sein können. Eine Unzufriedenheit, die auf der einen Seite die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit immens beeinflusst und auf der anderen Seite das Verhältnis zu den Eltern sehr belasten kann.

Maren W.

Rettet die utopia!

Eine kritische und kostenlose Jugendzeitung herauszugeben kostet im Kapitalismus leider einen Haufen Geld. Jetzt spenden oder DauerspenderIn werden, Soli-Parties schmeißen... Damit die utopia so bleibt, wie sie ist, und sich weiter entwickeln kann.

http://www.jugendzeitung.net/spenden/

Was ist eigentlich...

...ein bedingungsloses Grundeinkommen?

Knapp 500 Jahre ist es her, da thematisierte Thomas Morus in seinem Roman „Utopia“ grundlegende Ideen eines bedingungslosen Grundeinkommens. Heute liest man fast jeden Tag in der Presse vom bedingungslosen Grundeinkommen. Aber um was genau handelt es sich beim Grundeinkommen und wem nützt es?

Das bedingungslose Grundeinkommen umfasst vier Grundelemente.
Erstens: Es soll ein Einkommen sein, welches existenzsichernd ist und darüber hinaus gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Die morgendlichen Brötchen sollen also genau so abgedeckt sein wie zum Beispiel die Fahrt zur Demonstration. Als konkreter monatlicher Betrag sind, je nach Modell, 800 bis 1500 Euro im Gespräch.
Zweitens: Es soll ein individueller Rechtsanspruch für alle Menschen sein. Das heißt, das Geld steht jedem Menschen allein auf Grund seiner Existenz zu, ohne Berücksichtigung von partnerschaftlichen Bindungen, von Einkommens- und Vermögensverhältnissen und unabhängig davon, ob man bereit ist, eine Arbeit anzunehmen oder nicht.
Drittens: Es wird ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt. Somit ist es nicht mehr nötig, dass Menschen sich vor den Jobcentern (im übertragenen Sinne) bis auf die Haut ausziehen müssen, um eine Leistung zu erhalten.
Viertens: Das Grundeinkommen muss so ausgestaltet sein, dass es keinen Zwang zur Arbeit bedeutet. Es darf somit auch nicht zu niedrig angesetzt sein, sodass man indirekt dazu gezwungen wäre, weiterhin einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Wer dennoch arbeitet, verdient oben drauf; das Grundeinkommen bleibt aber voll erhalten.
Wem jedoch nützt ein solches Grundeinkommen?
Die Nichterwerbstätigen werden nicht mehr unter Druck gesetzt, beschuldigt, kontrolliert, drangsaliert und zu fragwürdigen (Arbeitssuch-) Maßnahmen gezwungen, die keine Perspektive bieten. Sie können frei entscheiden, was sie tun möchten, sich ehrenamtlich engagieren oder mit dem Grundeinkommen im Rücken die Selbstständigkeit wagen.
Die Erwerbstätigen können es sich leisten, weniger zu arbeiten und auf ihre Gesundheit zu achten. Gegenüber ArbeitgeberInnen können sie selbstsicherer aufzutreten und zum Beispiel eine Lohnerhöhung oder mehr Urlaubstage fordern. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes wird abnehmen, denn die Existenz bleibt in jedem Fall gesichert.
Eltern haben die Freiheit, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen oder aber eine Kinderbetreuung in Anspruch zu nehmen. Kinder sind kein Armutsrisiko mehr und Alleinerziehende sind besser abgesichert.
KünstlerInnen und Kreative stehen nicht mehr unter dem Zwang, von ihrer Kunst auch leben zu müssen. Mit dem Grundeinkommen können sich Kultur und Bildung frei entfalten und die Gesellschaft bereichern – was allen zu Gute kommt.
Doch selbst die Unternehmer können vom bedingungslosen Grundeinkommen profitieren – durch die hohe Motivation der eingeworbenen freien MitarbeiterInnen und der somit steigenden Effizienz und Produktivität der Unternehmen. Produzierende Betriebe dürfen rationalisieren ohne stigmatisiert zu werden, denn sie entlassen ihre Menschen nicht mehr in das „soziale Nichts“.
Das bedingungslose Grundeinkommen stellt eine Alternative innerhalb des kapitalistischen Systems dar, welche natürlich nicht alle Probleme lösen kann, jedoch den Menschen Freiraum zur Selbstermächtigung schafft und so die Möglichkeit bietet, neue Wege zu suchen, zu finden und zu gehen.

Jérôme Drees

Literaturempfehlung: Kleines ABC des bedingungslosen Grundeinkommens, ISBN 978-3-930830-55-8, AG SPAK Bücher, 56 Seiten, 6 Euro



Foto: Udo Herzog

Den Müll bitte sauber trennen!

Staat und Kirche kleben aneinander wie Kaugummi

Mit der französischen Revolution von 1789 wurde erstmals die Trennung von Staat und Kirche öffentlich eingefordert. Seit 1905 ist Frankreich, zumindest auf dem Papier, ein „laizistischer Staat". Die Bürger_innen können selbst entscheiden, ob und welcher Religion sie angehören wollen, der Staat selbst jedoch hat sich weltanschaulich neutral zu geben.

Seit langem ergänzen sich Staat und Kirche hervorragend. Dem Staat als Inhaber des öffentlichen Gewaltmonopols über seine Bürger_innen und alle anderen, die auf seinem Gebiet weilen, ist die Kirche sehr nützlich. Mit Bezug auf göttliche Vorgaben lassen sich die Menschen eher in ihrem Verhalten beeinflussen, und den Vertretern der Kirchen vertrauen sie ihre Sorgen und Nöte an. So können Staat und Kirche gemeinsam eine riesige Autorität entwickeln und helfen sich gegenseitig, die Menschen zu gefügigen, unfreien und gebundenen Wesen zu machen. Sie sind zwei Institutionen, die niemand braucht und an die dennoch alle mehr oder weniger gebunden sind.

Hinkende Trennung

In Deutschland besteht laut Weimarer Reichsverfassung bzw. Grundgesetz seit 1919 keine Staatskirche mehr. Dennoch ist es kein laizistischer, sondern höchstens ein säkularisierter Staat. Denn die Trennung ist eine „hinkende": Die Religion und ihre Ausübung ist in Deutschland nicht Privatsache, sondern durchaus öffentlich – und ihre Organisation geschieht in enger Zusammenarbeit mit dem Staat. Beispielsweise treibt der Staat die Kirchensteuer ein, Religion ist in den meisten Bundesländern ein normales Lehrfach in der Schule, staatliche Universitäten haben theologische Fakultäten, manche Politiker_innen und andere Beamte hängen ihrem Amtseid die Formel „so wahr mir Gott helfe" an, christliche Feiertage sind besonders geschützt, und in manchen öffentlichen Gebäuden hängen Kreuze oder andere Symbole des christlichen Glaubens. Hierin offenbart sich auch die Vorherrschaft der beiden großen christlichen Kirchen: Sobald das Symbol einer anderen Religion, beispielhaft das Kopftuch einer muslimischen Lehrerin, in öffentlichen bzw. staatlichen Räumen gezeigt wird, ist der Aufschrei groß – während die Beeinflussung durch christliche Symbolik überwiegend akzeptiert oder gebilligt wird. Somit ist Religion nicht Privatsache, sondern dauerpräsent und staatlich gefördert, ungeachtet ihrer blutigen Geschichte von der Hexenverbrennung über die Kreuzzüge bis zur NS-Zeit.

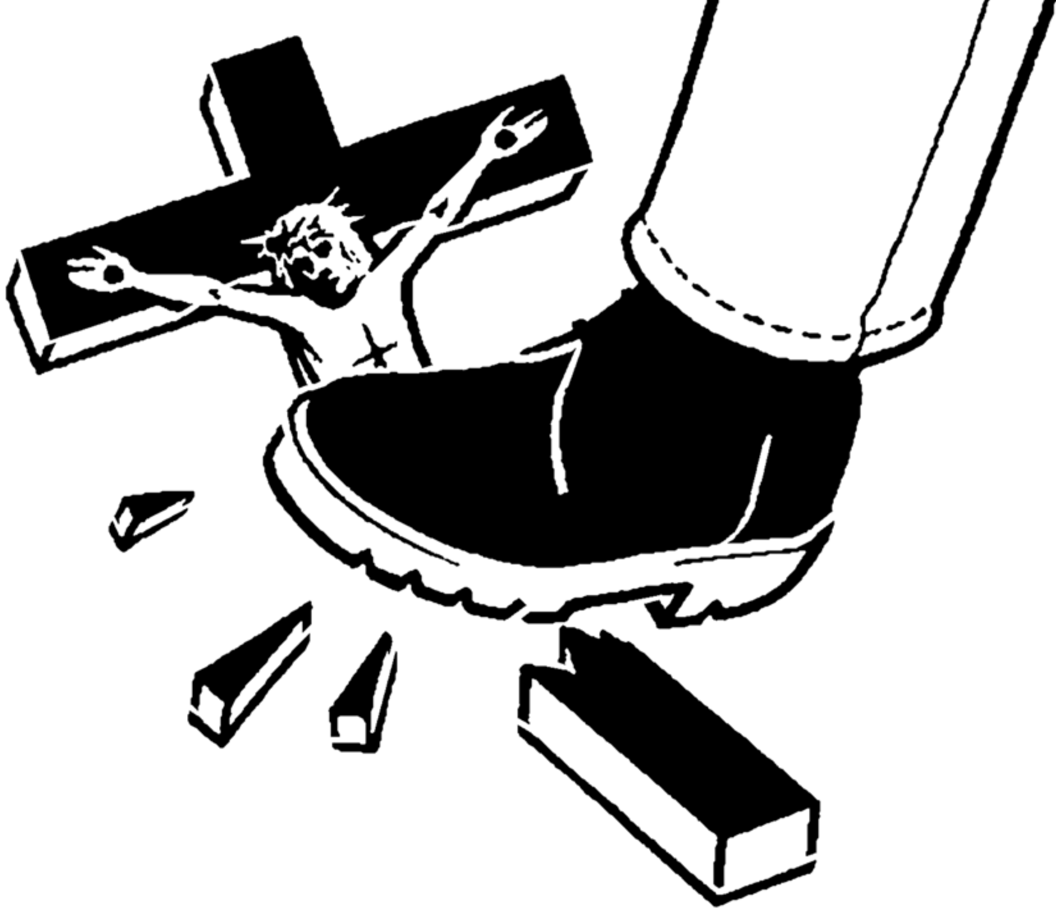
Imaginäre Autoritäten dienen der Machtsicherung

Religionen bemühen vorgestellte Autoritäten, die angeblich über Wohl und Wehe der Menschen entscheiden. Von angeblichen „Vertretern Gottes auf Erden" werden Verhaltensregeln aufgestellt, die logischen Verhaltensmustern häufig zuwiderlaufen und Unterwerfung einfordern, sinnlose Mühen und nicht selten Leiden bedeuten. Das Versprechen ist überall das gleiche: Nach dem Tod sollen die braven Diener_innen in eine Art Paradies gelangen, in welchem jegliches Leid beendet sein wird. Die staatlichen Autoritäten sind greifbarer, die von ihm vorgegebenen Regeln auch: Wer ihnen zuwider handelt, wird schon auf Erden bestraft und nicht erst im Jenseits.

Trotz der Verpflichtung des Staates zu religiöser und weltanschaulicher Neutralität werden Religionsgemeinschaften und Kirchen Privilegien und Sonderstellungen gewährt, die unabhängigen Einrichtungen, beispielsweise in der Kinder- und Jugendarbeit, eine Etablierung oft stark erschweren. Mit dem Abbau des Sozialstaates, wie er auch von der neuen Regierung zu befürchten ist, wird die Fürsorge für Schwache und Bedürftige wohl auch wieder vermehrt in die Hände der Kirchen gelegt. Dabei darf eine menschenwürdige Existenz nicht von der Zugehörigkeit zu einem Glauben abhängen.

In einer aufgeklärten, vernunftbasierten Gemeinschaft, die auf freiwilligen Zusammenschlüssen beruht, werden jedoch weder geistliche, noch weltliche Autoritäten benötigt. Solange sie jedoch noch nicht auf dem Abfallberg der Geschichte gelandet sind, gilt es, den Müll sauber zu trennen – nicht zuletzt, weil dadurch eine Schwächung der beiden Institutionen zu erwarten ist.

Ani K.



Gotteslästerung verboten?

***„Ich mag mich nicht gern mit der Kirche auseinandersetzen; es hat ja keinen Sinn, mit einer Anschauungsweise zu diskutieren, die sich strafrechtlich hat schützen lassen."* (Kurt Tucholsky)**

Dass man in Deutschland zumindest theoretisch zu jedem Thema seine Kritik äußern kann, ist für die meisten hier lebenden Menschen selbstverständlich. Ob es um die Politik, Schule oder Kirche geht, Kritik zu äußern ist Meinungsfreiheit und die ist für uns ein Grundrecht. In diesem Recht fühlen sich aber viele Kirchenkritiker und Atheisten eingeschränkt. Denn in Deutschland gibt es immer noch den so genannten "Gotteslästerungsparagraphen" im Strafgesetzbuch, der besagt, dass das Beschimpfen religiöser Bekenntnisse anderer oder einer Religionsgesellschaft im Inland mit einer Geldstrafe oder bis zu drei Jahren Haft bestraft werden kann, wenn durch die Beleidigung der öffentliche Frieden gestört ist. Das Preußische Strafgesetzbuch von 1851 (PStGB) beinhaltete bereits einen Paragraphen,der die Verspottung christlicher Kirchen unter Strafe stellte. Andere Glaubensgemeinschaften waren außen vorbehalten. Damals wurden die Kirche und ihr Gott selbst unter Schutz gestellt. Das Reichsstrafgesetzbuch des Deutschen Reichs übernahm diese Strafregelungen in den § 166. Im Jahre 1969 wurde der Artikel reformiert, von dort an waren nicht mehr die Kirche und Gott ein Schutzobjekt des Paragraph, sondern der "öffentliche Friede".

Natürlich sind die meisten sich einig, dass Beschimpfungen sowieso zu nichts führen und wenn Meinungsfreiheit herrscht, sollte ein Glaube ebenso bewahrt werden dürfen, der auch zu respektieren ist. Doch gerade die Grenze von Kritik und Beleidigungen ist fließend und häufig schwer zu ziehen. Der Paragraph weist keine Definition einer Beschimpfung auf, somit können darunter theoretisch auch schon negative Äußerungen fallen.
Zudem ist fraglich, wie die Störung des öffentlichen Friedens durch "Gotteslästerung" (= Blasphemie) gefährdet ist und vor allem nachgewiesen werden kann. Unter öffentlichem Frieden versteht man den Zustand rechtlicher Ordnung einer Gesellschaft und das daraus entspringende Bewusstsein der Rechtssicherheit. Kritiker behaupten, dass eine Störung auch im Nachhinein konstruiert werden könne, wenn Menschen sich nur beschweren, sich in ihrer Glaubensfreiheit beleidigt zu fühlen. Andererseits wird in diesem Fall meist damit argumentiert, dass der Frieden nur dann gefährdet sei, wenn eine breite Masse oder die Öffentlichkeit davon mitbekomme.
Edmund Stoiber, ehemaliger bayrischer Ministerpräsident, forderte 2007 aus diesem Grund eine Verschärfung des § 166. Er kritisierte, dass Blasphemie nicht nur dann bestraft werden dürfe, wenn der öffentliche Friede gefährdet sei, sondern forderte eine Strafe für Verspottung und Herabsetzung von Religion und Kirche. Während die katholische Kirche einer solchen Änderung positiv gegenüberstand, sah die evangelische Kirche keinen Handlungsbedarf.
Bündnis 90/Die Grünen forderten hingegen eine komplette Abschaffung des Paragraphen. Sie bezeichneten diesen als „nicht mehr zeitgemäß", zudem lasse "Respekt sich nicht strafrechtlich verordnen, sondern müsse stattdessen gesellschaftlich hergestellt werden." Gegenüber der "Berliner Zeitung" sagte Volker Beck, parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen, dass der Paragraph nach seiner Meinung "auf den Misthaufen der Rechtsgeschichte" gehöre.
Kritiker behaupten ebenfalls, dass der § 166 überflüssig sei, da Gotteslästerern beispielsweise durch den § 185 der Beleidigung ebenfalls Grenzen gesetzt seien.
Fest steht jedoch, dass die Bundesregierung keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf sieht und der "Gotteslästerungsparagraph" in Deutschland also voraussichtlich bis auf weiteres erhalten bleiben wird.

Ana

Impressum

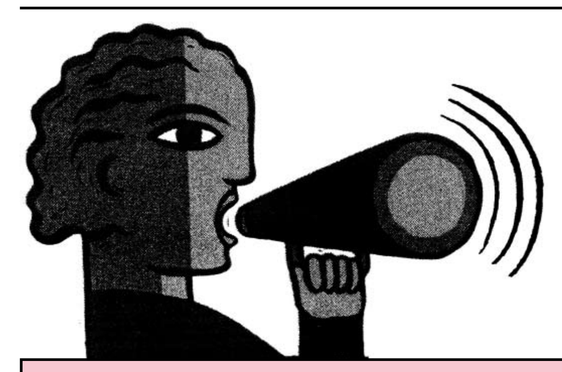
Impressum Utopia Nr. 13

utopia herrschaftslos – gewaltfrei,
Nr. 13 november/dezember 2009
www.jugendzeitung.net jugend@graswurzel.net,
www.myspace.com/jugendzeitung
Layout: BRiB
Auflage: 25.000.

utopia wird von Jugendlichen für Jugendliche gemacht. Sie erscheint alle zwei Monate, separat und als Beilage der Monatszeitung Graswurzelrevolution. **utopia** kann und soll kostenlos z.B. auf Demos, in Schulen, Unis, Jugendtreffs usw. verteilt werden. Spenden sind erwünscht.
Verlag Graswurzelrevolution e.V.: Sitz Heidelberg. Redaktion Graswurzelrevolution: Breul 43, 48143 Münster, Tel. 0251/48290-57, Fax: -32, redaktion@graswurzel.net. GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11 Str. 24, D-53947 Nettersheim. Verantwortlich sind im Grunde alle, doch im Sinne des Presserechts ist dies: Michael Schulze von Glaßer, c/o GWR-Red. Münster. www.graswurzel.net

utopia ist eine Zeitung zum Mitmachen. Bei uns können junge Menschen Artikel schreiben über Themen, die sie interessieren. Bei uns kannst du dein Schreibtalent unter Beweis stellen, nette Menschen kennen lernen, dich am Layout beteiligen, deine Ideen einbringen. Genauso suchen wir noch Leute, die **utopias** unter die Leute bringen. Gehst du auf Demos? Oder du machst Veranstaltungen? Wir schicken dir gerne einige Exemplare zu!
Wir warten auf deine Mail: jugend@graswurzel.net





Termine

***04.11.2009, 18h*, Kassel*:** Der Werbefeldzug der Bundeswehr – Analyse und Kritik, kritischeuni.de
***09.-17.11.2009*: weltweit**: Global Week of Action, weltweiter Bildungsprotest, www.emancipating-education-for-all.org
***17.11.2009*, überall**: Dezentrale Demonstrationen und Aktionen als Auftakt des bundesweiten Bildungsstreiks, www.bildungsstreik.net
***17.11.-10.12.2009*, überall**: Aktionen im Rahmen des budnesweiten Bildungsstreiks, www.bildungsstreik.net
***24.11.2009*, Leipzig**: Proteste gegen Hochschulrektorenkonferenz, www.bildungsstreik.net
***28.11.2009, 14h*, Neuss**: 10. Demonstration gegen den Frauenabschiebeknast, toaneuss.blogsport.de
***21.-22.11.2009*, Berlin**: Workshop zu antisexistischer verbaler Selbstverteidigung, www.nfj-seminare.de
***27.11.2009, 19h*, Berlin**: Anarchistische Positionen zum Thema Wirtschaft, Haus der Demokratie
***27.-29.11.2009*, Hamburg**: Wochenendseminar: Fuck normativity! Für emanzipatorische Verhältnisse!, jdjl.org
***01.12.2009, 19h*, Aschaffenburg**: 500 Jahre Kapitalismus sind genug! mit Christian Frings, Autor für Analys & Kritik, kriseab.blogsport.de
***10.12.2009*, Bonn**: Aktionen des zivilen Ungehorsams zur Kultusministerkonferenz, www.bildungsstreik.net
***28.-31.12.2009*, Berlin**: linkes Wintercamp 2009, www.jdjl.org
***25.12.09 – 03.01.10*, Hamburg:** Jugendumweltkongress, www.jukss.de

Kampagnen

Kampagne **gegen die Ausgrenzung von AsylbewerberInnen**: www.gegen-ausgrenzung.de
Kampagne **für Kohlekraftwerks-Besetzer**: www.ausgekohlt.net
Kampagne für deutschlandweite **Volksentscheide**: www.volksentscheid.de
Kampagne **für die Rechte von Klimaflüchtlingen**: www.bundjugend.de/protest
Kampagne **„Atomkraft jetzt abschalten“**: www.atomkraft-abschalten.de
Kampagne **gegen den Überwachungsstaat**: www.safer-privacy.de
Kampagne **gegen den Pelzhandel bei Escada**: www.antifur-campaign.org
Kampagne **für die Abschaffung von Atomwaffen**: www.atomwaffenfrei.de
Kampagne **gegen die Privatisierung der Bahn** vom Bündnis Bahn für alle: www.bahn-fuer-alle.de
Kampagne **„save me – Flüchtlinge aufnehmen!“**: www.save-me-kampagne.de

Rechtskonservativ

Irgendwo zwischen CDU und NPD

Die politische Bezeichnung “rechtskonservativ” wird immer populärer, doch nur die Wenigsten wissen damit etwas anzufangen. Was ist rechtskonservativ, wer ist es und wofür stehen so genannte Rechtskonservative?

In den 1980ern wurde der Begriff erstmals durch die Republikaner bekannt, einer Partei, die rechts von der CDU sein wollte, ohne dabei mit den Rechtsradikalen in eine Schublade gesteckt zu werden. Noch bis heute sind sie die größte derartige Partei in Deutschland. Rechtskonservative halten wenig bis gar nichts von demokratischen Werten und befürchten eine kulturelle “Überfremdung” durch Zuwanderung. Sie haben also eine große Schnittmenge mit den Rechtsextremen, wollen sich aber gleichzeitig von ihnen abgrenzen, um die ebenfalls vorhandene Schnittmenge mit den Konservativen zu betonen. Somit stehen die meisten selbst bezeichnenden Rechtskonservativen irgendwo zwischen der CDU und der NPD.

In einigen Ländern sind derartige Parteien bereits etabliert: In Österreich erreichte die rechtskonservative FPÖ bei der letzten Wahl 17,5% der Stimmen und wurde dadurch drittstärkste Kraft. In Ungarn ist die Fidesz sogar zweitstärkste Partei und bekam auch bei der Europawahl 14 von 22 Sitzen. Im Vergleich dazu sind die bereits erwähnten Republikaner mit 0,4% nur schwach vertreten. Dennoch ist die rechtskonservative Szene in Deutschland nicht zu unterschätzen. Als ihr Sprachrohr gilt die Zeitung „Junge Freiheit“. Einst als Schülerzeitung angefangen, hat sie heute über 20.000 LeserInnen. Die Zeitung versucht sich bewusst von den Rechtsradikalen abzugrenzen, indem sie Journalisten verklagt, die sie als rechtsradikal oder rechtsextrem bezeichnen. KritikerInnen werfen der „Jungen Freiheit“ in diesem Zusammenhang auch ein Vorgehen gegen die Pressefreiheit vor. Gleichzeitig berichtet sie aber über die angeblich hohe “Ausländerkriminalität” und “Entfremdung” der deutschen Kultur. Somit erfüllt die Zeitung den klassischen rechtskonservativen Stereotyp und hat nicht zuletzt deswegen einen großen Bekanntheitszuwachs.

Lucas

Liegeplätze statt Standorte!

Nationalismus wird über die bürgerliche Hintertür hoffähig – schon immer, immer wieder

Dumme NationalistInnen sind nun wirklich nicht beliebt hierzulande. Ganze Städte, wie etwa Köln, so scheint es, haben Nationen abgeschworen und setzen sich nun dafür ein, Menschen nicht mehr in willkürliche Grüppchen einzuteilen, womöglich noch nach Blut, Rasse oder eben Volk. Der Sieg der Individualität über Nationalismus ist aber noch lange nicht vollständig. Bei Standortdebatten werden Nationen immer wieder als Argument herangezogen.

Bei nahezu jeder politischen Debatte kommt früher oder später der Standort ins Spiel. Der Wirtschaftsstandort Deutschland müsse geschützt, die Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden. Seien es die Hartz-IV-Reformen, Studiengebühren, niedrige Umweltstandards oder Steuersenkungen. Immer geht es darum den Standort Deutschland für Unternehmen und Reiche attraktiver zu gestalten. Man verspricht sich Arbeitsplätze und Steuereinnahmen.

Diese Politik wird nicht nur in Deutschland verfolgt. Auch in anderen Ländern wird mit Hilfe des Standortnationalismus’ der neoliberale Umbau vorangetrieben. Unter Neoliberalismus versteht man eine Wirtschaftspolitik, die Unternehmen weitgehend freie Hand lassen will: Auflagen, wie zum Beispiel der Kündigungsschutz oder im Bereich des Umweltschutzes, werden abgeschafft, Steuern und Sozialabgaben werden gesenkt. Durch die dadurch fehlenden Einnahmen müssen die öffentlichen Mittel, wie zum Beispiel im Bildungs- oder im Gesundheitssystem gekürzt werden. Sobald sich das eine Land auf diese Art und Weise für Unternehmen attraktiver gemacht hat, meint das andere nachziehen zu müssen: Eine nicht endende Abwärtsspirale.

Diese Logik wird von vielen als völlig selbstverständlich angesehen, hinter ihr steckt aber nichts weiter als Nationalismus. Wer will, dass Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in Deutschland bleiben, der/die will sie dem Ausland vorenthalten.

Für diejenigen, die Arbeit und Arbeitsplätze brauchen, um Geld zu verdienen ist das offenbar nicht so klar. Die faire, aber leider meist nur revolutionär durchzusetzende, Forderung wäre, die anfallende Arbeit global auf alle zu verteilen, um so genügend zu produzieren. Da die Arbeitenden und potentiell Arbeitenden sich aber nicht mächtig wähnen, haben ihre VerwalterInnen, die großen Gewerkschaften die Zusammenarbeit mit dem Staat arrangiert, die Sozialpartnerschaft. Und weil auf dem Arbeitsmarkt eine so hohe Konkurrenzsituation herrscht, werden gerne die staatlichen Ausschlussmechanismen mit benutzt. Das bedeutet dann vielleicht nicht unbedingt sofort „Arbeit für Deutsche“, aber doch zumindest „Arbeit in Deutschland“.

Standort
Standort
über Alles

Plakat der Initiative übergebühr

Interessant, dass sowohl Staat als auch Gewerkschaften und Unternehmen letztlich wieder auf völkische Erklärungsmuster zurückfallen, wenn es darum geht ihre Politik als gut zu verkaufen. Der Standort Deutschland wird Unternehmen schmackhaft gemacht und umgekehrt wird natürlich auch den Deutschen erklärt, dass sie jetzt besonders zusammenhalten müssen. Nur wird dieser neue deutsche Nationalismus als harmlos dargestellt. Immerhin sei die Lage schlimm und die Besinnung auf die Nation ein Sachzwang – Nationalismus der Hintertür.

Felix Blind

Doch kein fröhlicher Party-Patriotismus

Rezension

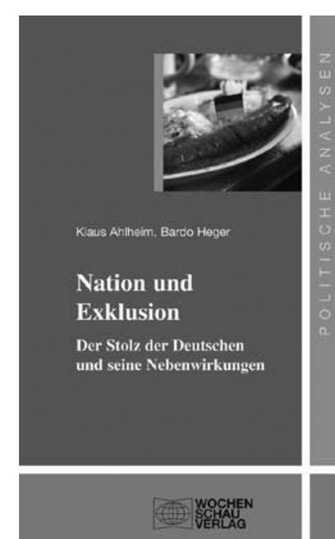
***„Den immer wieder postulierten, während des WM-Sommerfestes 2006 den Deutschen bisweilen auch bescheinigten unverkrampften, harmlosen Nationalstolz gibt es so nicht.“* Mit dieser nüchternen Feststellung bereiten Klaus Ahlheim und Bardo Heger in ihrer Untersuchung *„Nation und Exklusion – Der Stolz der Deutschen und seine Nebenwirkungen“* allen Wunschvorstellungen von einem ungefährlichen, friedlichen Patriotismus ein jähes Ende.**


Der Schein trügt. *Foto: smitty – http://www.flickr.com/photos/smitty/*

Zunächst fassen die Autoren die Nationalstolz-Debatten der letzten Jahre zusammen und zeigen, wie ein positives Nationalbewusstsein durch Medien und Politik wieder salonfähig gemacht wurde. Diese Entwicklung zeige sich auch in Umfrageergebnissen, die der ganzen Untersuchung zugrunde legen: Während 1996 63 Prozent der Deutschen stolz waren, deutsch zu sein, waren es im Jahr 2006 72 Prozent.

Als Reaktion auf diese Befunde stellen sich die Autoren die Frage, welche Nebenwirkungen der erstarkende Nationalstolz mit sich trägt. Sie stellen fest, dass Nationalstolz direkt oder indirekt mit Fremdenfeindlichkeit, Abschottungsgedanken, Schlussstrich-Mentalität und Antisemitismus verknüpft ist.

Den Zusammenhang zwischen Nationalstolz und Fremdenfeindlichkeit lässt sich laut Ahlheim und Heger eindeutig belegen: So haben 36 Prozent der stolzen Deutschen fremdenfeindliche Einstellungen. Bei denjenigen, die überhaupt nicht stolz auf ihre Nationalität seien, sind es nur zwölf Prozent. Für diese Befunde haben die Autoren eine einfache Erklärung: *„Jede Betonung des nationalen ‘Wir’, jede Betonung der eigenen ‘Gruppe’, in die man ja wohl eher zufällig hineingeboren ist, enthält, auch wenn das nicht immer ausgesprochen wird, ein Moment der Ab- und Ausgrenzung“*. Dies sei kein deutsches Problem, sondern lasse sich auch in anderen europäischen Staaten feststellen. *„Für Europa insgesamt scheint es so“*, schreiben Ahlheim und Heger, *„als finde das neue Europa der nationalstolzen Bürger einen gemeinsamen Nenner vor allem im Kampf gegen den ‘Außenfeind’, die Flüchtlinge und Migranten.“*



Ähnliche Zusammenhänge werden bei antisemitischen Vorurteilen und der *„Schlussstrich-Mentalität“* der Deutschen aufgezeigt. Mit dem Nationalstolz wachse die *„Beschwörung deutscher Normalität und damit verbunden die Neigung, unter die Verbrechen der NS-Vergangenheit einen Schlussstrich zu ziehen“*, so Ahlheim und Heger. Unter der Schlussstrich-Mentalität verstehen die Autoren den verbreiteten *„Wunsch, an den Holocaust nicht mehr erinnert zu werden“*. Diese *„Abkehr von der Erinnerung“*, so wird der Psychoanalytiker Werner Bohleber zitiert, mache jedoch *„hartherzig und mitleidslos“*.

Diese und weitere knallharten, auf Fakten fußenden Feststellungen machen die Analyse von Klaus Ahlheim und Bardo Heger zu einer Pflichtlektüre für all jene, die noch immer an den Mythos des ungefährlichen Nationalstolzes glauben oder nach Argumenten dagegen suchen. Der Schreibstil lässt zwar den wissenschaftlichen Hintergrund der Autoren durchblicken und ist deshalb teilweise schwierig verständlich, die ausführlichen Erläuterungen sowie die bildliche Darstellung von Umfrageergebnissen machen das Lesen aber einfacher. Die zahlreichen Literaturverweise bieten zudem die Möglichkeit weiter zu dem Thema zu recherchieren.

David W.

Klaus Ahlheim, Bardo Heger, Nation und Exklusion Der Stolz der Deutschen und seine Nebenwirkungen Politische Analysen, Wochenschau Verlag 2008, ISBN 978-3-89974391-3, 128 S., Euro 12,80